

Krieges und der Ablösung der Sandinisten in Nicaragua sowie dem Sturz Noriegas in Panama von ihrem "Hinterhof" abgesandt und ihre Aufmerksamkeit mehr der Andenregion, Haiti und Mexiko gewidmet hätten, seien die EG-Staaten mittlerweile zum größten Geber von Entwicklungshilfeleistungen in der Region aufgestiegen und hätten inzwischen – nicht zuletzt dank regelmäßiger Konsultationen der Außenminister in den u.a. von Genscher geschaffenen "San-José-Runden" – auch erheblichen politischen Einfluß. Auch dieser Beitrag schließt mit einem Appell, die Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, um das nach dem Ende der Bürgerkriege erreichte, noch ziemlich labile Gleichgewicht in der Region nicht zu gefährden.

Insgesamt ist auch das Lateinamerika-Jahrbuch 1996 eine gelungene Symbiose einer eher nüchternen, auf einzelne Staaten bzw. auf Teilregionen bezogenen Wiedergabe von Fakten einerseits und einer ganzheitlich lateinamerikanisch orientierten vertiefenden Analyse bestimmter Themen andererseits. Es eignet sich daher gut als Nachschlagewerk, ermöglicht aber auch den Einstieg bzw. die vertiefende Beschäftigung mit den durch die Abhandlungen erfaßten Themen. Ein gewisses Dilemma im literarischen Teil stellt allerdings bisweilen der ganzheitliche, also ganz Lateinamerika einbeziehende Analyseansatz dar. Denn die ethnischen, kulturellen, sozialen und nicht zuletzt rechtsstaatlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind teilweise so enorm, daß es schwierig werden kann, für ganz Lateinamerika tragfähige Ansätze und Ergebnisse zu formulieren, ohne damit einzelnen Staaten Unrecht zu tun. Gerade im Bereich "der" lateinamerikanischen Justiz und Polizei kann dieses Problem methodische Schwierigkeiten bereiten. Die Autoren sind sich dessen jedoch ersichtlich bewußt gewesen und haben eine zu stark nivellierende Betrachtungsweise durch zahlreiche Hinweise und Beispiele vermieden.

Die Herausgeber des Jahrbuchs haben davon abgesehen, in einem Vorwort die Ziele des Werkes zu definieren und damit offenzulegen, welche Ansprüche sie gleichsam an sich selbst und an die übrigen Mitarbeiter stellen. Sie hätten dies ruhig tun können: Wie auch immer die Zielvorgabe ausgefallen wäre, im Zweifel dürfte kaum ein Wunsch offen geblieben sein.

Frank Niemeyer

Christian von Haldenwang

Dezentralisierung und Anpassung in Lateinamerika

Demokratie und Entwicklung, Band 14, hrsg. von *Rainer Tetzlaff*

Lit Verlag, Münster, 1994, 389 S., DM 48,80

Mit der Untersuchung von Dezentralisierungsstrategien anhand der Fallbeispiele Argentiniens und Kolumbiens beschäftigt sich die Dissertation von Christian v. Haldenwang. Der Autor geht hierbei der Frage nach, inwieweit Dezentralisierung zentrale Funktionsleistun-

gen des Staates – Ressourcendistribution und Legitimation – verändert. Zugleich betrachtet er in der Analyse der endogenen und exogenen Ursachen von Intensität, Umfang und Form der Dezentralisierungsmaßnahmen diese wiederum als abhängige Variable. Methodisch orientiert sich die Studie an dem *most different case design*, das auch in den unterschiedlichen Dezentralisierungswegen zum Ausdruck kommt. Während in Argentinien prioritär wirtschaftliche und begrenzt verwaltungsorganisatorische Maßnahmen eingeleitet wurden, stehen die Dezentralisierungsstrategien in Kolumbien unter dem Primat politisch-institutioneller Reformen. An dieser Ausdifferenzierung wird zugleich deutlich, daß der Autor einen "breiten" Begriff von Dezentralisierung gewählt hat, der drei Ebenen umfaßt: die politisch-institutionelle, die administrative und die ökonomische Ebene; letztere betrifft Fragen der Deregulierung und Privatisierung (Anpassungsmaßnahmen). Dieses Dezentralisierungsverständnis ermöglicht die Bündelung zentraler Policy-Felder unter Berücksichtigung föderalistischer Fragestellungen und fokussiert die beiden Länderstudien unter einer zentralen thematischen Perspektive, die genuin den Wandel des Staatsverständnisses einbezieht.

Zur thematischen Strukturierung der Arbeit greift v. Haldenwang mit dem Rekurs auf liberale, strukturalistische und marxistische Argumentationslinien drei theoretische Ansätze auf, anhand derer er sowohl zentrale Kategorien identifiziert als auch potentielle Kausalzusammenhänge aufzeigt. Der Aufbau der Studie gliedert sich insgesamt in 15 Kapitel, wobei ein Großteil sich auf die beiden Länderstudien – Argentinien (Kap. 3-8) und Kolumbien (9-14) – bezieht. Den Abschluß (Kap. 15) bildet ein systematischer Vergleich beider Fallstudien. Der Nachvollzug der Argumentation wird durch zahlreiche Kurzzusammenfassungen und Zwischenbilanzen an den jeweiligen Kapitelenden erleichtert.

Die Studie behandelt detailliert und kenntnisreich die unterschiedlichen Dezentralisierungsmaßnahmen auf den genannten Ebenen in den beiden Ländern, die im wesentlichen seit Ende der siebziger bis zu Beginn der neunziger Jahre durchgeführt wurden. Herausgearbeitet werden Kontinuitäten und Veränderungen im Legitimationsverhalten und in der Ressourcendistribution hinsichtlich der staatlichen Transferleistungen an die Gesellschaft und in bezug auf die Einkommensbeteiligung der unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Hierbei kommt die Untersuchung zu dem Schluß, daß es trotz gravierender Veränderungen der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft nicht "zu einer umfassenden 'Modernisierung' traditioneller Muster der Verteilung und Legitimierung" (S. 336) gekommen ist und "daß der Ausschluß des populären Sektors vom politischen Entscheidungsprozeß ein wichtiges Element der institutionellen Anpassung in beiden Ländern darstellt (S. 341). Trotz zahlreicher Unterschiede in der Ausprägung, Konsistenz und Konsequenz der Durchführung von Dezentralisierungsstrategien wird deutlich, daß sich in beiden Ländern, wenngleich phasenverschoben, ein neoliberales Dezentralisierungsverständnis als dominant herausgebildet hat und strukturalistische Ansätze bereits in den Ansätzen gescheitert sind. Im Unterschied zur optimistischen neoliberalen Modellannahme läßt sich den Befunden folgend jedoch keine signifikante Effizienzsteigerung oder Zunahme politischer Verantwortlichkeit (*accountability*) konstatieren. Der externe Einfluß wird für die Wahl von Leitvorstellungen als nicht unerheblich bezeichnet, vor allem hinsichtlich der ökonomi-

schen Maßnahmen, doch die Umsetzung der Reformen, der damit vollzogene institutionelle Wandel und ihr exklusiver bzw. inklusiver Charakter ist stark von internen Rahmenbedingungen (Kräftekonstellationen) motiviert.

Trotz der insgesamt gelungenen Konstruktion und Durchführung der Vergleichsstudie sind auch Kritikpunkte anzuführen. Während die konzeptionelle Fassung der Dezentralisierung überzeugt, gilt dies nicht im gleichen Maße für den Bereich der Legitimation. Die zwei verwendeten Kategorien "Herrschaftssicherung" und "eliteninterne Konfliktregulierung" sind analytisch nicht trennscharf gehalten, was sich auch in der empirischen Anwendung zeigt. Nicht näher reflektiert wird der für die Argumentation nicht unbedeutende Begriff des Einflusses. Hilfreich für die Argumentation der Zusammenhänge der Dezentralisierungsmaßnahmen als abhängige und unabhängige Variable wäre eine Überführung der Diskussion der drei aufgegriffenen Theoriestränge in allgemeine Arbeitshypothesen gewesen. Schließlich ist in einigen Passagen eine stärkere empirische Fundierung der Befunde zu wünschen. Dies betrifft Aussagen zur Legitimationsentwicklung und die für beide Länder nicht immer parallel vorhandenen statistischen Informationen. Doch diese Kritikpunkte treten hinter die Leistung der Studie zurück, die im Unterschied zur oftmals diffusen Debatte über lateinamerikanische Dezentralisierungsprozesse sinnvolle Klassifikationsvorschläge unterbreitet und anwendet. Darauf aufbauend identifiziert die Untersuchung die unterschiedlichen Chancen und Gefahren für eine gelungene Entwicklung, auf deren Grundlage der Autor zum einen den Bedarf an einer konsistenten Dezentralisierung annimmt und zum anderen vor dem Hintergrund behinderter oder unzureichend realisierter Reformstrategien, die zu neuen oligopolistischen Marktstrukturen führen können, vor einer Dezentralisierungseuphorie warnt.

Hans-Joachim Lauth

Ivo Joswig

Die *implied powers*-Lehre im amerikanischen Verfassungsrecht

Eine Analyse anhand der Rechtsprechung des U.S. Supreme Court

Europäische Hochschulschriften, Reihe II, Rechtswissenschaft, Band 1979

Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M., 1996, 241 S., DM 79,-

In Verfassungsordnungen mit geteilter Staatsgewalt ist die Frage der Kompetenzverteilung von herausragender Bedeutung. Das gilt im föderalen Verfassungssystem sowohl in vertikaler Hinsicht im Verhältnis zwischen Gliedstaaten und Gesamtstaat als auch in horizontaler Hinsicht im Verhältnis von Legislative, Exekutive und Judikative. Mit der *implied powers*-Lehre werden Reichweite und Grenzen von Kompetenzen bestimmt, indem von einer in der Verfassungsordnung ausdrücklich enthaltenen Aufgabennorm auf die Kompetenz zur Erfüllung dieser Aufgabe geschlossen wird. Die so bestimmten Kompetenzen sind